

Seitenblick**Die schiefen Bilder**

In der politischen Auseinandersetzung gibt es eine fatale Neigung, anstelle von Argumenten die Nazizeit zu bemühen.

Deutsch-jüdische Emigranten hätten der hessischen CDU ihr Vermögen vererbt, hat der ehemalige Landesschatzmeister der Union, Casimir Prinz zu Sayn-Wittgenstein, behauptet und damit den Finanzskandal um eine makabre politische Variante bereichert. Als CDU-Chef Wolfgang Schäuble sich wenig später im Parlament namens des CDU-Parteivorstands und des -Präsidiums für die Inanspruchnahme von deutschen Holocaust-Überlebenden durch den hessischen Kassierer entschuldigte, milderte er den Schaden nicht etwa, er vergrößerte ihn, indem er formulierte: „Die CDU entschuldigt sich bei unseren jüdischen Mitgliedern für die Entgleisung...“ Ignatz Bubis hätte Schäuble vermutlich den Rücken gekehrt und verzweifelt gemurmelt „Ich habe wirklich fast nichts erreicht“. Das hatte Bubis kurz vor seinem Tod in einem vielbeachteten Interview gesagt. Jahrelang hat er gegen die Ausgrenzung deutscher Juden durch das Unwort „Mitbürger“ gekämpft, immer wieder gesagt, es handle sich um deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens. Kein Mensch käme hierzulande auf die Idee, von christlichen oder muslimischen Mitbürgern zu sprechen. Bei Juden tun das noch immer viele, zu viele. Paul Spiegel, Bubis' Nachfolger, hat Schäubles Entschuldigung kommentarlos angenommen. Hinter verschlossenen Türen dürfte er den Unions-Chef aber gewiss auf die „Mitbürger“ angesprochen haben. So jedenfalls hat es der Zentralrat oft gemacht, weil es parteiübergreifend unverändert die fatale Neigung gibt, die Nazizeit zu bemühen, wenn es an überzeugenden Argumenten fehlt.

Während des Flick-Untersuchungsausschusses, an den in diesen Tagen viel erinnert wird, wurde auch über die ausstehende Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern gesprochen. Für den CSU-Abgeordneten Hermann Fellner war das der richtige Zeitpunkt, zu behaupten, wenn in deutschen Kassen Geld klimpere, seien die Juden schnell dabei. Das war 1986. Kurz zuvor hatte in der niederrheinischen Kleinstadt Korschenbroich der Unionspolitiker und Bürgermeister Graf Spee während der Haushaltsdebatte öffentlich erklärt, um einen aus-

geglichenen Haushalt vorzulegen, müssten einige reiche Juden erschlagen werden. Im März vergangenen Jahres kroch Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu (CSU) zu Kreuze, weil er in einem Interview über die Atompolitik der rot-grünen Bundesregierung gesagt hatte: „Es hat in dem Jahrhundert einen gegeben, der Fragen endgültig lösen wollte, er war nach zwölf Jahren am Ende.“ Kurz nach Gründung der PDS hielt es der damalige CSU-Generalsekretär Bernd Protzner für angebracht, die PDS mit der NSDAP gleichzusetzen. Protzner: So, wie der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Reinhard Höppner, die PDS in die politische Verantwortung ziehe, „... ist auch die NSDAP am Ende der Weimarer Republik hoffähig gemacht worden.“ Als Edmund Stoiber noch Leiter der bayerischen Staatskanzlei war, fühlte er sich zu der Erkenntnis bemüht: „Wir haben in der Vergangenheit nicht deutlich gemacht, dass Nationalsozialisten in erster Linie Sozialisten waren.“

Solche Gleichsetzungen sind freilich kein Privileg der Union. Als Manfred Brunner noch bayerischer FDP-Vorsitzender war, diffamierte er um ihre Arbeitsplätze bangende Stahlarbeiter im Ruhrgebiet, die Mahnwachen vor dem Haus des Krupp-Stahlchefs Cromme aufgestellt hatten. Das sei dasselbe, so Brunner, wie SA-Wachen vor jüdischen Geschäften beim ersten Nazipogrom am 1. April 1933. Der Kölner Kardinal Joachim Meisner bemüht gern die NS-Verbrechen, wenn es um Familienplanung geht. Bei der Abtreibungspille RU 486 sieht der Kirchenmann Parallelen zum Giftgas Zyklon B der Nazis. In beiden Fällen handle es sich um chemische Tötungsmittel, meinte Meisner im Dezember 1998. Der Interessenverband der Dialyse-Patienten und Nierentransplantierten diffamierte 1988 die geplante Gesundheitsreform von Norbert Blüm als „schleichendes Euthanasie-Programm“.

In Berichten über solche Vorfälle heißt es meistens, X habe Y mit den Nazis verglichen. Das ist keineswegs unstatthaft, denn vergleichen kann man fast alles. Hier jedoch geht es um gleichsetzen. Kohl hat sich später dafür entschuldigt, Michael Gorbatschow mit Joseph Goebbels gleichgesetzt zu haben. Willy Brandt hat sich mit Heiner Geißler ausgesprochen, nachdem der SPD- den CDU-Mann als schlimmsten Hetzer seit Goebbels beschimpft hatte. Gleichsetzungen mit der Nazi-Zeit gehen immer daneben, weil die braunen Jahre mit nichts gleichgesetzt werden können. Die Union wäre gut beraten, das auch zu berücksichtigen, wenn es um deutsche Juden geht.

Heiner Lichtenstein

Hintergrund**Taktisches Manöver**

Der Republikaner-Vorsitzende Rolf Schlierer versucht mit Nachdruck, seine innerparteilichen Opponenten mundtot zu machen - oder zum „freiwilligen“ Austritt zu bewegen.

Eines der beliebtesten Brettspiele ist „Malefiz“. Die Aufgabe besteht wie immer darin, als erster ins Ziel zu kommen, wobei die Möglichkeit besteht, mittels geschickter Aufstellung von Sperrsteinen den Gegnern den Weg zu erschweren. Und man kann diese gegeneinander ausspielen, sie über die eigenen Planungen täuschen. Letztlich kann man Bündnisse schließen, die um so sicherer platzen müssen, je näher man ans Ziel gelangt. Es hat den Anschein, als sei die Partei der Republikaner im Moment ein einziges, riesiges „Malefiz“-Spiel.

Für den 19./20. Februar, so ein Beschluss des Parteivorstands vom 23. Oktober in Fulda, ist eine Strategiekonferenz der REP anberaumt worden. Neben einer Analyse der Wahlergebnisse der letzten Jahre und der Lage der Partei sollen die „inhaltlichen Schwerpunkte und die Möglichkeiten einer Imageverbesserung“ im Mittelpunkt stehen, wird im Parteiorgan mitgeteilt. Dieses müsste eigentlich ebenfalls Thema der Beratungen sein, denn gleich für ein ganzes Vierteljahr erschien die letzte Ausgabe des Jahres des ursprünglich als Monatszeitschrift konzipierten Blattes, das inzwischen auf das Niveau der „Deutschen Stimme“ zu Zeiten des tiefsten Desasters der NPD abgesunken ist. Stattdessen, und symptomatisch für die Halbherzigkeit des Vorhabens, wird an erster Stelle der Aufgaben die Beratung „über Möglichkeiten einer Imageverbesserung des Wahlkampfes“ genannt.

Wie sich das für einen geübten „Malefiz“-Spieler gehört, hat Rolf Schlierer im Vorfeld Weichen gestellt, seine Ausgangslage zu verbessern. Eingeladen sind lediglich Mitglieder des Bundesvorstandes, der Landesvorstände und der Führung der unbedeutenden Republikanischen Jugend. Damit werden nicht die aktuellen Kräfteverhältnisse in der Partei zwischen den Anhängern Schlierers und der wachsenden Schar seiner Kritiker wiedergespiegelt. Und eine Generaldebatte über den künftigen Kurs ist auch gar nicht beabsichtigt. Rolf Schlierer stellt klar: „Erfolgreiche Leistungsträger müs-

sen zu Wort kommen; zu oft bestimmen jene die innerparteiliche Diskussion, die den Nachweis für ihre angeblichen Erfolgsstrategien schuldig geblieben sind.“ Gemeint mit solchen Andeutungen sind selbstverständlich Schlierers Kontrahenten.

Implizit abgewatscht wird auf diese Weise immer wieder Christian Käs, REP-Landesvorsitzender in Baden-Württemberg. Bei der Kommentierung der Kommunalwahl dort, bei der es für die REP „schlimmer als erwartet kam“, findet sich zwar nicht einmal ein Ansatz einer Analyse der Mandatsverluste, die an eine Halbierung heranreichten, dafür der deutliche Hinweis, dass es Käs in seiner Heimat besonders heftig erwischt hat. Hinter den Resultaten einiger Städte werden die Namen der dortigen REP-Abgeordneten genannt. Ganz am Ende der Liste: Rottweil mit Christian Käs, wo die REP von 2,5 auf 0,4 Prozent abstürzten. Vorwürfe werden nicht ausgesprochen, aber die Drohung im Hintergrund ist deutlich: Dein Sündenregister kommt zur Sprache, wenn Du aufmuckst.

■ Altbekannte Realitätsblindheit ■

Anders der Umgang mit Burkhard Schmanck, der erst im Oktober trotz des Eingreifen Schlierers für seine Vertraute Ursula Winkelsett diese im Landesvorsitz von NRW mit knappem Vorsprung abgelöst hatte. Winkelsett wurde nicht zuletzt das magere Abschneiden bei den Kommunalwahlen angelastet. Sie selbst musste sich bei den Oberbürgermeisterwahlen in Köln mit mickrigen 0,9 Prozent begnügen. Trotzdem zählt sie nicht zu den von Schlierer gemeinten, die Erfolgsrezepte schuldig geblieben seien. Denn Schlierer hat offenbar kräftig an der Demontage von Schmanck mitgearbeitet. In einem Brief, dessen Kopien durch die Partei geistern, charakterisiert er den NRW-Chef als Wichtigtuer, beschränkt und geistig einfach strukturiert. Der Studiendirektor sei ein Biedermann, der die Partei nur belaste. Schmanck zog die Konsequenzen der Demontage von höchster Stelle und trat zurück. Aus der Bundesgeschäftsstelle wurde dürr kommentiert, Schmanck habe sich nicht gegen seine Kritiker im Landesvorstand durchsetzen können. Der Vorsitzende selbst trat gar noch nach, indem er äußerte, während der Amtszeit Schmancks sei wertvolle Zeit zur Vorbereitung der Landtagswahl nutzlos verstrichen.

Zwar ist Schlierer zuzustimmen, wenn er in einem programmatischen Beitrag unter dem Titel „Mit

Realismus nach vorne schauen“ schreibt, relativ gute Wahlergebnisse seien dort leichter zu erzielen, wo die Partei „seit Jahren ununterbrochen präsent ist und wo aktive Kommunalpolitiker der Partei ein Gesicht verleihen.“ Doch trotz handverlesener Teilnehmer bei der Strategiekonferenz dürfte Schlierer Schwierigkeiten haben, schlüssig zu vermitteln, warum er selbst die Verantwortung für die Erfolge bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg reklamiert, ausschließlich seinem ungeliebten Landesfürsten Christian Käs dagegen die Verantwortung für die Pleite bei den Kommunalwahlen in die Schuhe schiebt. Nicht zuletzt aber wird Schlierer erklären müssen, wie er seine Partei zurück auf die Erfolgsspur führen will, da doch die kommunale Basis in den Stadt- und Kreisträten weitgehend weggebrochen ist. Vor der für die Mitglieder bitteren Wahrheit, dass seiner Partei eine lange Dürreperiode bevorstehen wird, wenn seine eigene Analyse zutrifft, scheut Schlierer zurück.

■ Munition für Gegenmobilisierung ■

So kann davon ausgegangen werden, dass die anstehende Konferenz im Februar weniger der Strategieentwicklung dienen soll, als einer für notwendig erachteten Frontbegradigung. Die Anhänger und Zweifelnden sollen auf den neuen Kurs eingeschworen werden, die Kritiker dagegen zum „freiwilligen“ Austritt getrieben werden, um die Chancen für die kommenden Vorstandswahlen und die beim regulären Parteitag anstehenden richtungsweisenden Beschlüsse merklich zu verbessern. Der Hauptpunkt dabei dürfte eine mögliche Fusion sein. Denn Schlierer hat das Projekt „Republikaner“ in Wirklichkeit längst abgeschrieben. Wie seine innerparteilichen Opponenten träumt auch er von einer „Vereinigten Rechten“, bestimmt jedoch die Bündnispartner und die inhaltlichen Schwerpunkte abweichend und sogar konträr. In einer Art Neujahrsbotschaft an die Partei schreibt er in einer Mischung aus Zweckoptimismus und seiner bekannten Realitätsblindheit: „Ungeachtet aller Misserfolge in den letzten Jahren sehe ich daher optimistisch nach vorne. Wir sind dabei, jene politischen Kräfte in Deutschland zu bündeln, die von der gleichen Sorge getragen sind und die vergleichbare Zielvorstellungen hegen. Wir haben damit die wirkliche Chance zu einer personellen und programmatischen Erneuerung“.

Die gemeinten Kräfte sind jene Gruppierungen, die das antidemokratische Spektrum des Konser-

vatismus abdecken oder - wie der Bund Freier Bürger - selbst deutliche Züge zur Ideologie der extremen Rechten zeigen. Was Schlierer wohl vorschwebt, ist eine Übertragung des „Modells Thüringen“, wo die REP gemeinsam mit dem BFB und Dissidenten der Pro DM-Partei zur Landtagswahl antraten, auf die gesamte Bundesrepublik. Auf Initiative von BFB-Chef Heiner Kappel kam es deshalb am 16. Oktober in Fulda zu einem ersten Vorgespräch, dem am 31. Oktober und am 4. Dezember konkrete Verhandlungen auf Vorsitzendenebene folgten. Es mag als taktisch geschickt angesehen werden, Kappel vorzuschicken, um den Vorgang nicht als reines REP-Projekt erscheinen zu lassen, doch ist dessen Neigung, die Reste seines BFB mit den REP zu fusionieren, nur zu bekannt. Vertreten waren außerdem die DSU, die Freie Bürger Union, die marginale Deutsche Partei - und nicht zu vergessen Alfred Mechtersheimer. Der Kreis soll gegebenenfalls erweitert werden.

Schlierers Zielvorstellung für die Verhandlungen ist so klar, dass er seinen Gegner bereits jetzt ausreichend Munition für eine Gegenmobilisierung liefert. Ein wirklich guter „Malefiz“-Spieler macht das nicht. „Klar ist, dass jene Kräfte gebündelt werden müssen“, schreibt er im Parteiorgan, „die auf einem gemeinsamen politischen Fundament stehen. Ziel muss sein, spätestens bei den Wahlen 2001 ein Signal zu setzen, indem dem Wähler eine überzeugende Alternative mit Erfolgsaussicht geboten wird.“ Als solche Alternative scheint er ein Bündnis der an den Gesprächen beteiligten Gruppen anzusehen, wobei nur noch über Programmatik, Namen und - vor allem! - Postenverteilung und -besetzung Einigkeit erzielt werden muss. Die Tür ist zugeschlagen für die NPD und jene, „die mit Unverbesserlichen wie Roeder oder alten Stasis praktizieren“.

Es handelt sich um den Verzweiflungsschritt eines „Malefiz“-Spielers, der erkannt hat, dass er das gesamte Match in absehbarer Zeit verlieren wird, wenn er nicht schnell rettende Maßnahmen einleitet und so zumindest einen Zeitaufschub erreicht. Doch damit war er auch zum Aufdecken seiner Karten gezwungen. Seine Gegner wissen jetzt: hat Schlierer mit seinem Vorhaben Erfolg, ist ihre eigene Karriere beendet. Folgerichtig werden sie sich auf den Parteitag konzentrieren, um dort Schlierer entscheidend zu schwächen. Die Strategiekonferenz ist schon jetzt nur Makulatur. Der Parteichef wird lernen müssen, dass „Malefiz“ kein Kinderspiel ist.

Jean Cremet

Hintergrund**Guru der Braunen**

Der „Historiker“ David Irving genießt seit langen Jahren einen zweifelhaften Ruf als umtriebiger Holocaust-Leugner.

Vor dem Royal Courts of Justice in London läuft seit dem 11. Januar ein absurdes Gerichtsstück: Der englische Schriftsteller David Irving (geb. 24. März 1938 in Essex), ein „notorischer Hitler-Apologet“, so die „Süddeutsche Zeitung“, und Auschwitz-Leugner prozessiert gegen den englischen Verlag Penguin und die US-amerikanische Historikerin Deborah Lipstadt, Professorin für Jüdische Geschichte und Holocaust Studies an der Emory University in Atlanta. In ihrem 1993 erschienenen Buch „Denying the Holocaust“ („Betrifft: Leugnen des Holocaust“; deutsche Ausgabe 1994) charakterisiert Lipstadt Irving als einen „Hitler-Verehrer, der die Geschichte verdreht, um sein Idol in einem besseren Licht erscheinen zu lassen“. Hiergegen klagt Irving nun wegen „Verleumdung“ und „Rufschädigung“ auf Schadensersatz.

Die Geschichte des „Ehrenretters des Nationalsozialismus“ („Der Spiegel“) beginnt im April 1963. Irving, der zuvor ein Jahr lang als Stahlarbeiter an der Ruhr arbeitete, um Deutsch zu lernen, und später einige Semester Natur- und Staatswissenschaften studiert, veröffentlicht sein erstes Buch mit dem Titel „The Destruction of Dresden“ (deutsche Ausgabe 1964). Das Buch wird ein Bestseller. Weitere Verkaufserfolge, darunter seine beiden Hitler-Biographien „Hitlers Weg zum Krieg“ und „Hitlers Krieg“ erscheinen in den 70er Jahren. Irving, bis dato als Hobby-Historiker geachtet, vertritt darin die Auffassung, Hitler habe bis 1943 nichts von der Existenz der Vernichtungslager gewusst. In der Folgezeit, bei Vorträgen und in weiteren Büchern, leugnet er das Ausmaß der Verbrechen des Dritten Reiches und schließlich die industriell betriebene Massenvernichtung von Juden in Auschwitz.

Irving gerät schnell zum Shooting-Star in der rechtsextremen Szene. 1979 referiert er beim NS-apologetischen „Freundeskreis der Unabhängigen Nachrichten“. 1982 wird er von der Deutschen Volksunion (DVU) mit dem „Europäischen Freiheitspreis der „National-Zeitung“ ausgezeichnet. 1984 tourt Irving im Auftrag der DVU mit einer Vortragsreise durch die Bundesrepublik. Bei den

DVU-Kundgebungen 1986 und 1987 in Passau tritt er als Redner auf.

1988 schlägt sich Irving dann bei einem Gerichtsverfahren gegen den Neonazi Ernst Zündel in Kanada offiziell auf die Seite der Holocaust-Leugner. Unter frenetischem Applaus von Alt- und Neonazis, darunter Otto-Ernst Remer und Michael Kühnen, erklärt Irving am 21. April 1990 beim Revisionistenkongress im Münchner Löwenbräukeller: „Wir wissen inzwischen, dass es keine Gaskammern in Auschwitz gegeben hat.“ Irving avanciert zum Guru der braunen Szene. Er referiert bei der zwischenzeitlich verbotenen Nationalen Offensive, bei der Gesellschaft für freie Publizistik (GFP), beim Landesparteitag der bayerischen NPD 1993.

Im November 1993 wurde Irving unbefristet aus der Bundesrepublik ausgewiesen. Zuvor hatte ihn das Landgericht München wegen Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer Geldstrafe von 30 000 Mark verurteilt. Im März 1996 bestätigte das Verwaltungsgericht München die Entscheidung. Auch Australien, Südafrika und Neuseeland verboten Irving die Einreise; Kanada wies ihn Ende 1992 aus.

Publizistisch ist David Irving weiterhin bei rechts-extremen bundesdeutschen Verlagen zugange: so beim Arndt-Verlag in Kiel, dem in Berg am Starnberger See ansässigen Druffel-Verlag oder dem Bremer Faksimile-Verlag. Zur Feder greift Irving ebenso für die „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung“, das Zentralorgan deutschsprachiger Holocaustleugner. Herausgeber des Blattes ist der nach England geflüchtete deutsche Holocaustleugner Germar Rudolf, der Recherchen der englischen Zeitung „Sunday Telegraph“ zufolge dort im engen Austausch mit Irving steht. So war Rudolf auch Redner bei einem Revisionistenkongress, der vom 24. bis 26. September 1999 in Cincinnati/Ohio (USA) stattfand. Als Organisator des Meetings, das auch in diesem Jahr wieder durchgeführt werden soll, wie Ernst Zündel in den „Germania-Rundbriefen“ mitteilt, wirkte David Irving.

Das Amtsgericht Weinheim hat jetzt bei den britischen Behörden die Auslieferung von Irving beantragt. Irving, dem Volksverhetzung vorgeworfen wird, hatte im September 1990 auf Einladung des damaligen NPD-Spitzenfunktionärs Günter Deckert in Weinheim einen Vortrag gehalten. Damals soll Irving erneut die Massenmorde der Nazis an den Juden geleugnet haben. Im September 2000 verjähren diese Straftatbestände. *Anton Maegerle*

Demokratische Initiativen**Kein Wegducken**

Das nördliche Hamburger Umland ist ein beliebter Tummelplatz für Freie Nationalisten. Ein couragierter Personenkreis hat sich in einem Bündnis gegen die zunehmenden neonazistischen Umtriebe zusammengeschlossen.

Im schleswig-holsteinischen Elmshorn hat sich kurz vor der Jahreswende ein „Bündnis gegen rechts“ gegründet. Im gesamten Stadtgebiet wurden Plakate mit dem Aufdruck „Keine Toleranz für Neonazis“ verteilt. Anlass war eine Demonstration 1999 gegen einen Konzertabend „Rock gegen Rechts“. Dass Elmshorn seinen größten Polizeieinsatz der Nachkriegsgeschichte erlebte, war darauf zurückzuführen. Am Ende verloren sich zwar gerade einmal 40 Neonazis in der Stadt an dem Flüsschen Krückau, doch ein spontaner Protest von 400 Gewerkschaftlern und anderen couragierten Elmshorner Bürgern schreckte die militanten Rechtsaußen offenbar ab.

Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre gab es in Elmshorn (Kreis Pinneberg) zuletzt feste Strukturen von Neonazis. Da prägten wie auch in der näheren Umgebung die Aktivitäten des Hamburgers Michael Kühnen und seiner Gefolgsleute das Bild. Jetzt ist es der Personenkreis um Thomas Wulff und Christian Worch vom so genannten „Hamburger Sturm“, der sich Elmshorn ins Visier genommen hat und mit gewalttätigen Aktionen für Einschüchterung sorgen will, sich aber gern als ein „Opfer der Meinungsfreiheit“ darstellt. Dafür hat der vor Ort zuständige IG Metall-Bevollmächtigte Uwe Zabel überhaupt kein Verständnis: „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“, formulierte er drastisch. Mit solch einer These macht er sich zur Zielscheibe der Rechtsextremisten. Unter Namensnennung und kompletter Angabe der IG Metall Büro-Adresse stellte der von Freien Nationalisten in Umlauf gebrachte „Hamburger Sturm“ (publizistischer Nachfolger vom Blättchen „Index“ der inzwischen verbotenen Nationalen Liste) ihn in der Mai-Ausgabe 1999 an den Pranger. Auf einem Flugblatt des so genannten „Nationalen Widerstandes“, das Mitte Dezember bei einer DGB-Veranstaltung in Hamburg verteilt wurde, tauchte erneut der Name Zabel als konkretes Feindbild auf. Und auch in Elmshorn blieb es nicht ruhig. An den

Durchgangsstraßen wurden nachts Plakate vom „Bündnis gegen rechts“ zerstört oder mit Hakenkreuzen übertüncht. Mehrere Schulen wurden mit Hetzparolen beschmiert. Viele Neonazi-Aufkleber sowie Plakate („Nationaler Widerstand - Kinderschänder an die Wand“ oder „Juden raus“, „Stoppt den USA-Imperialismus“) sind in der Stadt aufgetaucht. Darunter befand sich die Parole „Trotz Verbot nicht tot ... auch hier in Elmshorn“. Die Staatsanwaltschaft muss mehreren Strafanzeigen wegen Bedrohung und Sachbeschädigung nachgehen. Beim städtischen IG Metall-Gebäude machten sich Unbekannte daran, die Plexiglasverkleidung zu demolieren. Höhepunkt des derzeitigen „rechten Terrors“ waren Schüsse auf das Haus eines Bündnis-Mitglieds in der Nacht vom 16. zum 17. Januar. Erstmals gelang es der Polizei, sieben junge Neonazis festzunehmen.

Zabel sieht sich wie das „Bündnis gegen rechts“ übrigens in seiner Wachsamkeit bestätigt. Der Chef des Hamburger Verfassungsschutzes, Reinhard Wagner, beobachtete einen Zuwachs von Aktivitäten besonders im nördlichen Hamburger Umland. Zu zahlreichen neuen Kameradschaften im Süden Schleswig-Holsteins zählen personelle Zusammenschlüsse in Pinneberg, Ahrensburg, Halstenbek-Krupunder und Norderstedt, betonte Wagner in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“. Den gestiegenen Organisationsgrad bezifferte er mit bis zu 200 Rechtsextremisten, in der Hauptsache Freie Nationalisten. Das sei auch der Grund, weshalb hier mehr Demonstrationen stattfänden, als in anderen Regionen, so Wagner weiter.

Daher mahnt Zabel auch: „Wegducken und Wegsehen hilft nicht! Wehret den Anfängen! Wir wollen hier nicht Verhältnisse wie in Schweden bekommen, wo engagierte Gewerkschafter von terroristischen Neonazis ermordet werden. In Elmshorn ist ein Anfang gemacht, jetzt wollen wir sehen, dass wir die Kampagne noch auf das Kreisgebiet ausdehnen“, blickt der Gewerkschaftsfunktionär nach vorn. Mit der Aktion wird beispielsweise auch an Berufsschulen geworben. Dem „Bündnis gegen rechts“ gehört auch die SPD-Bürgermeisterin Brigitte Fronzek an. Gesellschaftliche Solidarität demonstrieren Arbeitgeberorganisationen und -vertreter, kirchliche Verbindungen und Einrichtungen, Zusammenschlüsse ausländischer Gruppierungen, Gasthöfe, Parteien (außer CDU) undsoweiter. Wer die Initiative unterstützen will, kann sich an das IG Metall-Büro in Elmshorn wenden.

Horst Freires

Aktivitäten**Stille Entsorgung**

Die Unabhängigen Ökologen dürften sich ihrem faktischen Ende nähern.

Im Januar ist die letzte Ausgabe (4/99) der Zeitschrift „Ökologie“ erschienen, des Organs der Unabhängigen Ökologen Deutschland (UÖD). Die Nummer ist deutlich abgespeckt, enthält neben der Einstellungsmitteilung lediglich eine Bilanz der Verbandstätigkeit, eine ungedruckte Rede von Herbert Gruhl und einen Auszug aus der konservativen Buchzeitschrift „Scheidewege“. Die Ausführungen der bisherigen Redaktion lassen offen, ob die tragenden UÖD ihre Tätigkeit fortsetzen. Zweifel sind angebracht, denn gleichzeitig wird nicht nur eingeräumt, dass es zu einem Mitgliederschwind gekommen ist und das Interesse der Mitglieder an den spärlichen Veranstaltungen deutlich nachgelassen hat, sondern auch die Gründung einer Herbert-Gruhl-Gesellschaft vermeldet.

Dieser am 19. Dezember 1999 in Hamburg gegründete Verein mit Heinz-Siegfried Strelow als Vorsitzenden, ist offenbar als Auffanggesellschaft für die verbliebenen Aktivenreste mit veränderter Aufgabenstellung gedacht. Als Kontaktperson dient Herbert Gruhls Sohn Andreas, der seit 1997 stellvertretender Vorsitzender der UÖD ist und bis 1989, dem Jahr der Entmachtung seines Vaters, Schriftführer im Landesvorstand Niedersachsen der ÖDP war. Als Hauptziele dieser Gesellschaft werden genannt, „die Verbreitung des Gedankengutes und der Schriften von Herbert Gruhl“ sowie die Organisation von Tagungen, die sich mit einer Ökologie nach seinem Verständnis beschäftigen.

Es ist wohl nicht verfrüht, ein Fazit der Geschichte eines Verbandes zu ziehen, der sich auf diese Weise klammheimlich selbst entsorgt. Resignativ werden nicht nur „allgemeine Erschlaffung“ und „denkbar schwach besucht(e)“ Veranstaltungen eingeräumt, sondern auch der Umstand, dass die „Landesgruppen keinerlei Aktivitäten mehr entfalteten“. Zwar reklamiert man noch für sich: „Unser Verband wurde zum Kristallisationspunkt der konservativen Ökologen und zum wichtigsten Sammelplatz der Bioregionalisten.“ Doch ist der nie mehr als wenige hundert Mitglieder zählende Verband wohl hauptsächlich an seinen inneren Widersprüchen zerbrochen, die von Anfang an erkennbar waren.

Denn schon die Nennung des Gründungsdatums der UÖD am 25. April 1991 in Lahnstein ist nur ein Teil der Wahrheit. In Wirklichkeit fand zu diesem Termin der Zusammenschluss zweier unterschiedlicher Dissidentengruppen der ÖDP statt, die sich mit der Trennung der Partei von ihrem rechtsextremen Flügel und dem bisherigen Parteivorsitzenden nicht abfinden wollten. Dieser, Herbert Gruhl, hatte zunächst die Option verfochten, durch fraktionelle Tätigkeit in der ÖDP die Mehrheit zurückzugewinnen. Sein in Bad Nauheim konstituierter Arbeitskreis Ökologische Politik blieb mit diesem Ansatz erfolglos; Gruhl trat Ende 1990 aus der Partei aus. Der zweite Gründungsbestandteil war die Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Ökologen, die sofort auf eine völlige Trennung von der ÖDP setzte. In ihr spielen Personen eine wichtige Rolle, die aus nationalrevolutionären Zusammenhängen kamen und später einflussreiche Funktionen bei den Republikanern übernahmen, so der langjährige Berliner REP-Landesgeschäftsführer Sven Thomas Frank oder der stellvertretende niedersächsische REP-Landesvorsitzende Wolfram Bednarski.

Der Zusammenschluss beider Gruppen führte jedoch weder dazu, dass der ÖDP ernsthafte Konkurrenz im rechtsökologischen Bereich gemacht werden konnte, noch dazu, dass man sich als ökologische Denkfabrik profilieren konnte. Zwar gelang es immer wieder, relativ prominente Persönlichkeiten als Referenten für die Tagungen zu gewinnen, so zum Beispiel Günter Rohrmoser, doch war man allein zu schwach und fand auch keine potenten Bündnispartner. Personelle Überschneidungen bestehen zur welfischen Deutschen Partei, eine lose Kooperation zur Bayernpartei, doch hatte diese Zusammenarbeit ihre Ursache eher in dem gemeinsamen regionalistischen Anliegen als in grundsätzlicher Übereinstimmung. Vom Mythos Herbert Gruhls und des Ökobauern Baldur Springmann allein konnte man aber auf Dauer nicht leben.

Eine gewichtige Rolle für das jetzige faktische Ende des Verbandes dürfte die ideologische Umorientierung zu bioregionalistischen Positionen spielen, die besonders durch jüngere Funktionäre wie Hanno Borchert oder Heinz-Siegfried Strelow vorangetrieben wurde. Einige bisherige Aktivisten, so Hans Rustemeyer, traten wegen des Abschieds vom Staatsnationalismus aus, größer dürfte die Zahl derjenigen sein, die sich stillschweigend ins Privatleben zurückzogen.

Volkmar Wölk

Aktivitäten**„Meinungsbildung“**

Die aktuelle Ausgabe der führenden Neonazi-Zeitschrift „Zentralorgan“ hat die Justiz hellhörig gemacht.

Die mit großen Lettern prangende Titelzeile „Juden raus“ auf dem Deckblatt der jüngsten Ausgabe des „Zentralorgans“ rief jetzt die Staatsanwaltschaft auf den Plan. Bei einigen mutmaßlichen „Machern“ des Neonazi-Periodikums gab es daher im Zuge eines eingeleiteten Ermittlungsverfahrens Hausdurchsuchungen. Zudem wurde der Inhalt von mehreren Postfächern von den Staatsschützern unter die Lupe genommen.

Polizeibeamte wurden aktiv bei Thomas „Steiner“ Wulff (37) und dessen Freundin in Hamburg, dazu noch bei Klaus Bärthel (61) in Mecklenburg-Vorpommern, Tobias Thießen (29) und Dirk Sukol (33). Die Ermittlungsbehörden sehen den Verdacht der gemeinschaftlichen Volksverhetzung als gegeben. Unter der entlarvenden Hauptzeile ist in wesentlich kleineren Buchstaben „aus Österreich“ hinzugefügt. Dazu fehlt nicht der Hinweis, dass besagte Forderung vom israelischen Staatspräsidenten Ezer Weizman stamme als eine unmittelbare Reaktion auf den Wahlerfolg der österreichischen rechtspopulistischen FPÖ unter Jörg Haider. Israels Staatspräsident rief die 10 000 in Österreich lebenden Juden auf, das Land zu verlassen und auszuwandern.

Das „Zentralorgan“ ist mittlerweile mit acht Ausgaben erschienen. Die Verantwortung lag zum Beginn des Projekts in den Händen führender Kräfte der Sauerländer Aktionsfront. Nach dem tödlichen Autounfall von Thomas Kubiak, Andree Zimmermann und Thomas Mehr im November 1997 wechselte diese aber nach Hamburg. Als Kopf gilt dabei der ehemalige Vorsitzende der verbotenen Nationalen Liste, Thomas Wulff, der zwei Tage vor der Hausdurchsuchung noch in Hamburg-Bergedorf auf der Straße zu sehen war, als er sich bei einem Marsch für „Freie Meinungsbildung“ beteiligte, angemeldet durch Inge Nottelmann von der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten. Rund 80 Aktivisten genossen es dabei, unter massivem Polizeischutz für die „freie Meinungsäußerung“ zu demonstrieren. Unter den meist „Freien Nationalisten“ befand sich auch Steffen Holthus-

sen vom Neonazi-Treffpunkt „Club 88“ im schleswig-holsteinischen Neumünster.

Beim Besuch der Ordnungsmacht wurden bei den vermeintlichen „Machern“ des „Zentralorgans“ unter anderem Schriftgut in großem Umfang, Disketten sowie diverse CD-Rom beschlagnahmt. Zudem fielen den Ermittlern 930 Exemplare vom aktuellen „Zentralorgan“ in die Hände. Ziel für den rund dreistündigen Besuch seitens der Kripofahnder war auch eine Druckerei in Hildesheim - offenbar der Herstellungsort des neonazistischen Blattes. Als presserechtlich verantwortlich firmiert übrigens H. van Dam aus Rotterdam.

In der neuen „Zentralorgan“-Ausgabe wird Rückschau gehalten auf die dezentralen Aktivitäten der Neonazis zum Todestag von Rudolf Heß. Dazu finden sich mehrere Demonstrationsberichte von „Freien Kameradschaften“. Hans Dietrich Sander, der Herausgeber der „Staatsbriefe“, stand in einem Interview Rede und Antwort. Neben einer Gefangenensliste und Buchbesprechungen füllt ein Gespräch mit Jürgen Gerg, dem Betreiber des Nationalen Infotelefon in Lübeck, die Seiten. Gegen den JN-Kader, der zugleich beim „Bündnis Rechts“ in der Marzipanstadt aktiv ist, läuft zur Zeit ein Parteiausschlussverfahren seitens der NPD. In Schleswig-Holstein liegt Gerg mit dem Landesvorsitzenden der Partei, Ingo Stawitz, über Kreuz. Für Gerg agiert Stawitz zu defensiv und opportunistisch nur mit Wahlprozenten kalkulierend.

Im „Blitzkrieg“, den Szeneseiten im „Zentralorgan“, werden Konzerte und Tonträger rezensiert. Umfangreich geht man auf den „Club 88“ in Neumünster als überregionalen Treffpunkt ein, der mittlerweile seit über drei Jahren existiert. In diesem Zusammenhang wird wohlwollend über einen Auftritt des Rostocker Liedermachers Andre Lüders dort berichtet.

B. Ohne

Hinweis

Hamburg - Mehrere Veranstaltungen in der Evangelischen Akademie Nordelbien in Hamburg wurden zu einer Reihe „Nationalsozialismus und Religion“ zusammengefasst, die am 14 März beginnt. Den Auftakt macht ein Filmabend, unter anderem mit dem Streifen „Schwarze Sonne“ von 1997, im Metropolis-Kino. Bis zum 13. April schließen sich diverse Vorträge zu dem Thema an. Informationen unter der Rufnummer: 040/35 50 56-0, Fax 040/35 50 56-16.

Ausland**Berufsrisiko**

Dem amerikanischen Rechtsextremisten Matt Hale wurde trotz bestandener Prüfung die Zulassung als Rechtsanwalt verweigert - ein für die USA einmaliger Präzedenzfall.

Im Allgemeinen genießen Rechtsextremisten in den USA einen erheblich größeren juristischen (als auch gesellschaftlichen) Freiraum als in Deutschland. Dies ist vor allem zum einen der historischen Nichtbelastung mit dem Nationalsozialismus geschuldet, zum anderen der im ersten Verfassungszusatz (I. Amendment) der US-amerikanischen Verfassung festgeschriebenen Freiheit der Religion, der Rede, der Presse und der Versammlung.

Matt Hale, 28, Pontifex Maximus der rechtsextremen World Church of the Creator (WCOTC) und studierter Jurist, sieht sich nun allerdings ernsthaften Konsequenzen aufgrund seiner politischen Aktivitäten ausgesetzt. Obwohl Hale die in den USA übliche Anwaltsprüfung im Staat Illinois bestanden hat, wurde ihm ausdrücklich unter Berufung auf seine politischen Überzeugungen im Sommer 1999 die obligatorische Anwaltslizenz durch einen Ausschuss verweigert. Eine Revisionsinstanz bestätigte die Entscheidung im November 1999.

Dieser Vorgang ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Erstens handelt es sich hier um einen Präzedenzfall, da Matt Hale laut der Begründung des Revisionsgremiums der notwendige gute „moralische Charakter“ zur Ausführung des Juristenberufs aufgrund seiner extrem rassistischen und antisemitischen Überzeugungen abgesprochen wurde. Bisher war dies nur bei straffälligen Personen geschehen. Hale jedoch ist nicht vorbestraft. Zweitens sieht Hale in dieser Sache pikanterweise eine breite Front politisch Linker auf seiner Seite, die in den USA traditionell die Freiheit der Rede beziehungsweise der freien Meinungsäußerung über die politischen Überzeugungen von Individuen stellen und dabei auf Berufsverbote in der McCarthy-Ära verweisen. Drittens versteht Hale es zudem, sich und seine Organisation in US-weit ausgestrahlten sogenannten Talkshows zu platzieren, was der World Church of Creator eine Publizität verschafft, die ansonsten völlig außerhalb ihrer finanziellen Möglichkeiten läge. Vor allem der er-

wähnte Streit um die Zulassung als Anwalt haben ihm und der WCOTC eine Vielzahl von landesweiten Interviewauftritten auf allen großen amerikanischen Fernsehstationen sowie CNN eingebracht. WCOTC-Anhänger traten beispielsweise in der Jerry Springer Show, zweimal in der Ricky Lake Show, sowie mehrmals in einer großen Anzahl anderer Talkshows (wie zum Beispiel die Sally-Jessy-Raphael-Show) im Jahre 1999 auf. Dazu kommen unter anderem Auftritte auf CNN „American Edition“, „Politically Incorrect“ mit Bill Maher oder auch beim seriösen „60 Minutes“ mit Mike Wallace.

Matt Hale ist einer der jüngsten und dynamischsten Führer der gegenwärtigen amerikanischen extremen Rechten (vgl. BNR 16/1999). Bereits im College durch die Gründung einer neonazistischen Gruppe aufgefallen, kandidierte Hale im Alter von 21 Jahren für diese für den Stadtrat seiner Heimatstadt East Preoria, Illinois (wohin auch der Hauptsitz der WCOTC verlegt wurde). Wiederholt fallen Mitglieder der WCOTC, deren Schlachtruf „Heiliger Rassenkrieg“ („Racial Holy War“ oder kurz: RAHOWA) ist, durch Gewalttaten auf. Hale, der jegliche Verantwortung, Mitwisserschaft oder gar Beteiligung an Gewalttaten abstreitet, sieht sich als Opfer einer Kampagne, die ihm sein Grundrecht auf freie Meinungsäußerung beschneiden und ihm ein Berufsverbot aufgrund seiner politischen Überzeugung aussprechen will.

■ Guter „moralischer Charakter“ abgesprochen ■

Da Matt Hale kurz vor Weihnachten den Obersten Gerichtshof des Staates Illinois angerufen hat, ist in diesem Präzedenzfall, der für die amerikanische extreme Rechte einen hohen solidarisierenden Effekt hat, noch keine abschließende Entscheidung gefallen. Sicher ist nur, daß Hale und der WCOTC auch weiterhin eine hohe Präsenz in den amerikanischen Medien, Printmedien wie die New York Times oder die Chicago Tribune eingeschlossen, erhalten bleiben wird, die sie für Propagandazwecke zu nutzen versuchen werden. Bei Hales Standardkommentar sind schon einige erfahrene Talkmaster ins Schleudern gekommen: „Falls sie in der Lage wären mit einem Fingerschnipsen alle Schwarzen in den USA verschwinden zulassen, würden sie schnipsen? Ich behaupte: die Mehrheit der Weißen würde mit den Fingern schnipsen. Nur wir sind ehrlich genug es zu sagen.“ *Thomas Grumke*

Am Rande**Bußgeld für Frey**

Wegen einer strittigen Spende wurde 1998 gegen die DVU ein Zwangsgeld in doppelter Höhe verhängt.

Nach Paragraph 23 des Parteiengesetzes hat der Vorstand einer Partei alljährlich gegenüber dem Präsidenten des Deutschen Bundestages Rechenschaft „über die Herkunft und die Verwendung der Mittel, die seiner Partei zugeflossen sind“, zu erstatten. Der Rechenschaftsbericht hat unter anderem die Einnahmen aus Spenden (Paragraph 24, Absatz 2, Nr. 3) auszuweisen, sofern sie 20.000,- DM übersteigen, unter Angabe des Spendernamens (Paragraph 25, Absatz 2). Nachträglich ins Gesetz aufgenommen wurde die Bestimmung des Paragraphen 23 a, demzufolge eine Partei, die „Spenden rechtswidrig erlangt oder Mittel nicht den Vorschriften ... entsprechend verwendet oder nicht ... veröffentlicht“ hat, den Anspruch auf Erstattung von Wahlkampfkosten in Höhe des Zweifachen dieses Betrages verliert. Rechtswidrig erlangte Spenden sind abzuliefern. Gegenüber der von einer Spendenaffäre gebeutelten CDU werden diese Vorschrift aller Wahrscheinlichkeit angewandt. Es bleibt abzuwarten, wie hart die Partei getroffen wird, derzeit wird bereits über ein Strafgehalt in zweifacher Millionenhöhe gesprochen.

Zum ersten Mal war 1998 gegen die Deutsche Volksunion ein Strafgehalt nach dieser Vorschrift festgesetzt worden. Im Rechenschaftsbericht 1995 hatte die DVU die Spende eines „Jack de Mathan aus Villingen“ in Höhe von „250.000,- DM“ ausgewiesen (vgl. BNR 13/1997). Bei der Überprüfung des Berichts fand die Bundestagsverwaltung heraus, dass die Adresse auf das Postfach eines nicht mehr existierenden Hotels in Villingen-Schwenningen verwies. De Mathan, ein älterer Herr von Adel, wurde in Paris ausfindig gemacht; bei der Befragung durch einen Mitarbeiter der französischen Tageszeitung „Le Monde“ konnte er sich nicht erinnern, je eine Spende in dieser Höhe, zudem an die DVU gemacht zu haben. Der DVU-Vorstand räumte die Unkorrektheit ein, ließ aber wissen, man habe die Tarnadresse gewählt, um das Leben des betagten Spenders nicht zu gefährden. Der Widerspruch, was den Spender anlangt, wurde nicht aufgeklärt. Ohnehin war aber die 1000,- DM übersteigende Spende von außerhalb Deutschlands un-

zulässig, sie hätte - die Richtigkeit des Spenders unterstellt - deshalb an das Präsidium des Deutschen Bundestages abgeliefert werden müssen (vgl. BNR 9/1998). Die Präsidentin des Deutschen Bundestages Rita Süßmuth hatte so dann ein Bußgehalt von 549.000,- DM verhängt (vgl. BNR 13/1998). Die Klage der DVU gegen den Bescheid wurde vom Verwaltungsgericht Köln abgewiesen, nach Mitteilung der Pressestelle des Deutschen Bundestages ist die von der DVU eingelegte Revision beim Oberverwaltungsgericht Münster anhängig.

Unbeantwortet bleibt weiterhin die Frage, ob die DVU angesichts der zentralistischen Steuerung aus dem Büro ihres Vorsitzenden Gerhard Frey (vgl. dazu die letzten Wahlkämpfe und die Steuerung der DVU-Landtagsfraktionen) und der starken Verschuldung der Partei gegenüber ihrem Vorsitzenden (vgl. BNR 14/1999) überhaupt dem Leitbild von Artikel 21 des Grundgesetzes und des Parteiengesetzes über die innere Struktur von Parteien entspricht.

Klaus-Henning Rosen

Personalie**Langjähriger Aktivist**

Stuttgart - In der aktuellen Ausgabe der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ wird der Tod des ehemaligen NPD-Multi-Funktionärs Karl-Heinz Sendbühler vermeldet. Er starb in seinem Haus im ungarischen Komarödom im Alter von 42 Jahren. Sendbühler trat 1976 der NPD und den Jungen Nationaldemokraten (JN) bei. Rasch machte er in den beiden Organisationen Karriere. 1981 wurde er dann in den NPD-Bundesvorstand gewählt, 1983 zum Bundesvorsitzenden des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB). Von 1987 bis 1989 war Sendbühler JN-Bundesvorsitzender. Zwischen 1993 und 1997 fungierte er als NPD-Bundespressesprecher, parallel von 1995 bis 1996 als Chefredakteur der „Deutschen Stimme“, wo er seit 1982 als Redakteur wirkte. Auch als Autor war Sendbühler in der gesamten nationaldemokratischen Publizistik sehr aktiv. Sendbühler gehörte daneben zahlreichen weiteren extrem rechten Organisationen an. Er war Mitglied im Unabhängigen Schüler-Bund, im Witiko-Bund, der Sudetendeutschen Landsmannschaft, der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft, dem „Arbeitskreis junges Deutschland“, den Burschenschaften Hermundoria Buscoria zu Regensburg, Nibelungia Wien zu München und (Europa-) Arminia Zürich zu Heidelberg. S.B.

Aktivitäten**Stelen niederwalzen**

Eine Bürgerinitiative will sich gegen das Holocaust-Denkmal medienwirksam in Szene setzen

Schon heute ist er ein Mahnmal der besonderen Art: der Platz zwischen Brandenburger Tor und Potsdamer Platz, auf dem ursprünglich am 27. Januar der Bau des Holocaust-Mahnmals beginnen sollte. Vor einiger Zeit sind sogar Plexiglasscheiben in den Holzzaun gestanzt worden. So kann man einen Blick auf das Areal werfen, das für längere Zeit eine Baustelle sein wird. Seit Monaten sind die Holzzäune voll mit Zeitungsartikeln, die die Mahnmaldebatte dokumentieren sollen.

Der Platz wird seit geraumer Zeit von Gruppen und Initiativen zum Ausgangspunkt von Demonstrationen und Kundgebungen gegen den Antisemitismus und das Gerede vom Schlussstrich genutzt. Aber auch die Rechten jeder Couleur haben das Holocaust-Denkmal immer wieder zum Ziel ihrer Agitation gemacht.

So verwundert es nicht, dass sie sich noch einmal medienwirksam in Szene setzen. Eine „Bürgerinitiative gegen das Holocaust-Denkmal“ ruft zu einem Protestmarsch auf. Am 29. Januar 2000 wollen die Rechten durch Berlins Mitte vom Bahnhof Friedrichstraße zum Brandenburger Tor marschieren und an dem Gelände eine Zwischenkundgebung abhalten. Schon seit Wochen wird dafür über das Nationale Infotelefon geworben. Der Aufruf zur Demonstration richtet sich ausdrücklich „an alle deutschen Patrioten, gleich wo sie ihre politische Heimat sehen“.

Nach Erkenntnissen des Berliner Bündnis gegen Rechts, das mit einer Demonstration dem rechten Aufmarsch entgegentreten will, stammen die Initiatoren der rechten Bürgerinitiative aus dem Umfeld von NPD und Nationalem Aktionsbündnis Berlin. Nach Recherchen der „tageszeitung“ handelt es sich bei dem Anmelder der Demonstration um René Bethage, der lange Zeit eine führende Rolle im Bund Freier Bürger (BFB) inne hatte und vor einigen Monaten zur NPD übergewechselt ist. Bei den Brandenburger Landtagswahlen im vergangenen September trat Bethage erstmals als Kandidat für die NPD an.

Als Grund für den Übertritt werden Querelen in dem zunehmend an Bedeutung verlierenden BFB angesehen. Schließlich gab sich die von führenden FDP-Rechten gegründete Vereinigung zunächst betont marktwirtschaftlich und hatte ihre Klientel eher unter den Freiberuflern als unter den Stiefelnazis auserkoren. Doch die Berliner BFB-Ortsgruppe hatte nie Berührungsängste mit Rechtsaußen. Regelmäßig traten im vergangenen Jahr BFB-Mitglieder bei Horst Mahlers Montagsdemonstrationen auf. Auch die Agitation gegen das Holocaust-Mahnmal hatte für den BFB stets einen hohen Stellenwert. Im Herbst 1998 gab sich BFB-Führungsmitglied Heiner Kappel bei einer Anti-Mahnmal-Demonstration persönlich die Ehre. Der heutige BFB-Bundesvorsitzende erklärte schon 1998, dass es nötiger denn je sei, dass die Kräfte rechts von der CDU zusammenarbeiten, statt in panischer Angst vor Diffamierung sich gegenseitig voneinander zu distanzieren.

Im vergangenen Jahr organisierte der Bund Freier Bürger gleich zwei Demonstrationen gegen das Mahnmal: im Juni und im Oktober 1999. Obwohl immer Mitglieder von den Republikanern und der NPD mitliefen, hat die Teilnehmerzahl die 50 nie überschritten. Besonders blamabel war es für die Rechten im Oktober. Als sie von Teilnehmern eines linken Kongresses aus den Fenstern der Humboldt-Universität mit faulem Obst beworfen wurden, brachen sie die Veranstaltung dann vorzeitig ab.

Nach Einschätzung von Insidern könnten jetzt am 29. Januar bis zu 300 Demonstrationsteilnehmer zusammenkommen. Die rechten Demo-Initiatoren betonten denn auch in der Vergangenheit immer wieder, dass sie mit ihrer Ablehnung des Mahnmals die schweigende Mehrheit der Bevölkerung hinter sich haben. Nur ein kleiner Teil engagiert sich zwar aktiv dagegen, wie die Teilnehmerzahl bei den Demonstrationen zeigt. Doch auch wenn das Denkmal fertig ist, muss mit antisemitischen Anschlägen der unterschiedlichsten Art gerechnet werden. Die gestiegene Anzahl von Anschlägen auf jüdische Friedhöfe, Gedenksteine oder Gedenkausstellungen gerade im Raum Berlin, gibt Anlass zu schlimmen Befürchtungen.

Ein Bild auf dem Demonstrations-Aufruf lässt an den Absichten der Initiatoren wenig Zweifel, zeigt es doch eine Planierdrau, die das Stelenfeld des Mahnmals niederwalzt.

Peter Nowak

Bücherschau**Der Streit um ein deutsches Denkmal****Eine Zwischenbilanz nach 11 Jahren**

Am 25. Juni 1999 beschloss der Deutsche Bundestag, das „Mahnmal für die ermordeten Juden Europas“ auf dem Gelände der ehemaligen Ministergärten in Berlin zu errichten, in einer gegenüber dem ersten Entwurf des Architekten Peter Eisenman reduzierten Fassung und mit einem ergänzenden, aber noch nicht näher definierten „Ort der Information“. Die Denkmal-Stiftung, die im Dezember gegründet wurde, soll am 27. Januar, dem nationalen Gedenktag für die Opfer des Holocaust, mit einem symbolischen Akt, so Bundestagspräsident Wolfgang Thierse in einem Interview, ihre Arbeit aufnehmen. Grund genug also für die Initiatoren des Projekts, das über 11 Jahre diskutiert wurde, einmal Bilanz zu ziehen - wenn es auch nur eine Zwischenbilanz sein kann.

Lea Rosh zeichnet, von der Gründung der Bürgerinitiative PERSPEKTIVE BERLIN e.V. im Jahre 1988 bis zur Bundestagsdebatte, deren Beiträger ausführlich zu Worte kommen, den windungsreichen Weg nach, den das Projekt genommen hat. Es ist ein sehr persönlicher Erfahrungs- und Erlebnisbericht, der die einzelnen Stationen beschreibt, die Auseinandersetzungen mit Befürwortern und Gegnern, bei denen Enttäuschungen und Verletzungen nicht ausbleiben: Lea Rosh macht keinen Hehl daraus, wer sie enttäuscht hat - die Reihe reicht von Stefanie Endlich und Rachel Salaman der bis zu Peter Eisenman und Helmut Kohl - sie schreibt dabei mit einer Entschiedenheit, die der Farbigkeit der Darstellung zugute kommt, für den Außenstehenden aber nicht immer nachvollziehbar ist, weil ihm der persönliche Erlebnishintergrund fehlt.

Eberhard Jäckel beschreibt in seinem Beitrag mit großer Genauigkeit die Einzigartigkeit des Mordes an den europäischen Juden und macht auf eine immer noch zu wenig bekannte Tatsache aufmerksam: „Von den insgesamt ermordeten Juden waren ... etwa zwei Prozent deutsche, etwa 98 Prozent waren nichtdeutsche. Es ist bezeichnend, dass es regelmäßig Erstaunen hervorruft, wenn jemand auf diese statistische Proportion verweist. Sie verdeut-

licht jedoch bereits den außergewöhnlichen Charakter dieses Mordes“ (S.155).

Tilman Fichter - sein anregender, aber recht skizzenhafter Beitrag weist mit Blick auf den von Lea Rosh einige Redundanzen auf - sammelt Argumente gegen die „HJ- und Flakhelfergeneration“, die sich „letztlich als nicht entscheidungsfähig gezeigt“ habe: „Erst die Generation der Kriegskinder und Nachkriegskinder (im Deutschen Bundestag, Anm. d. Verf.) hat sich dazu durchgerungen, einen Beschluss zu fassen, das überfällige Denkmal trotz aller Bedenken zu errichten“ (S.200) - die vielzitierte Gnade der späten Geburt, erfährt sie hier unvermutet eine Neuauflage?

Sehr nützlich ist die Dokumentation der in dem Wettbewerb 1994/95 und dem Auswahlverfahren von 1997 prämierten Denkmalsentwürfe, die Jakob Schulze-Rohr zusammengestellt hat. Wolfgang Ullmann schließlich fordert „eine Grundentscheidung der geeinten Bundesrepublik“ gegenüber den politischen Verbrechen des Dritten Reiches und macht in diesem Zusammenhang zu Recht darauf aufmerksam, dass von Berlin als Bundeshauptstadt höchstens Ausländer sprächen, es in der Sprache der deutschen Öffentlichkeit aber nur den „auftrumpfenden“ und an SED-Zeiten erinnernden Sprachgebrauch „Hauptstadt Berlin“ gäbe: „Bundeshauptstadt zu werden, das hat Berlin also gewiss noch vor sich“ (S. 264).

Insgesamt ein anregender Band, dem etwas mehr Sorgfalt gutgetan hätte. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Der Name Jürgen Kohlrabe ist zwar im Lichte des gegenwärtigen Parteispendedebakels fast noch hübscher als die Umkehrung zu Übelkrähe, die Herbert Wehner einst ergrimmt vorgenommen hat; gleichwohl bleibt Wohlrabe richtig. Und den Kölner Architekten Oswald Mathias Ungers, dem seine Heimatstadt, in der er seit 50 Jahren ein Büro unterhält, gerade eine große Ausstellung ausrichtet, wird es gewiss grämen, läse er hier von seiner Verwandlung in den Frankfurter Architekten Matthias Ungers.

Theo Meier-Ewert

Lea Rosh: „Die Juden, das sind doch die anderen“, Der Streit um ein deutsches Denkmal, Mit Beiträgen von Eberhard Jäckel, Tilman Fichter, Jakob Schulze-Rohr, Wolfgang Ullmann und einem Geleitwort von Michel Friedman, Berlin/ Wien: Philo Verlagsgesellschaft mbH 1999, 276 Seiten, 39.80 Mark.

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Nation&Europa“ (NE), 50. Jg., Heft 1/2000: „Deutschland 2000 - Was bringt die Zukunft?“, fragt mit schmelzendem Blick eine junge Frau die NE-Leser. Was die Vergangenheit gebracht hat, erklären ihnen die Autoren. Für Karl Richter war es das „manichäische Jahrhundert“, für Deutschland „mit Triumphen, aber auch Katastrophen, von denen kein anderes Volk Europas heimgesucht wurde. Nicht wir Deutschen haben das verursacht, das Grundübel für Europa war der Liberalismus, „das amerikanisch-liberale Bild vom Menschen“. „Behält der liberale Typus das letzte Wort, ist das Ende der menschlichen Geschichte nur noch eine Frage der Zeit“, weiß Richter. Für ihn „war der Siegeszug des egalitären Gedankens im 20. Jahrhundert zwangsläufig.“ Gottlob gab es den „deutsche(n) Soldat, der dem Widerstand gegen die Zumutung eines säkularen Materialismus sein militärisches Gepräge gab.“ Aber: „Die liberalistische Chimäre“ muss sich selbst überleben, ehe „die Zeit reif ist für den großen Pendelschlag in die Gegenrichtung“. Edmund Sawall freut sich folgerichtig, dass die Globalisten in Seattle verloren haben. Zunächst aber muss die Rechte „Umvolkung“ und „Überfremdung“ bekämpfen, denn „aus Volk soll Bevölkerung werden“, wie sich an der Kunstinstitution von Hans Haacke im Reichstag zeigt; als Feind wird die SPD ausgemacht, die durch die Einbürgerung auf „neue Mehrheiten“ hofft (Herbert Rauter). Franz Schönhuber empfiehlt sich in seiner Kolumne als der heimliche Vorsitzende der Republikaner, denn die Anhänger „der ersten Stunde brauchen den Kopf nicht hängen zu lassen“, hätten sie doch als politische Kraft mehr verändert als die PDS. Tragisch sei: „Wir haben gesät, was andere geerntet haben.“ Jetzt brauche es wieder „einen Neuanfang“; das Volk, „eine knetbare Masse“ warte „auf eine starke und formende Hand“. Nötig sei natürlich, „die Führung auszuwechseln“, verkörpert „von Hass gegen unabhängig denkende Menschen getriebene Psychopathen und provinzielle Kleingeister“. Als Zugeständnis an die österreichischen Leser dient offenbar ein Beitrag von Walter Marinovic, der tapfer verkündet, „Österreich ist nicht rassistisch“. Neu ist die Wortschöpfung „Rassismuskeule“. Wir nehmen den Hinweis auf, die Zuwanderung des 19. Jahrhunderts in die KuK-Monarchie gelte „nur für Wien, nicht aber für Salzburg, Tirol und die meisten anderen Bundesländer“,

die damaligen Einwanderer seien zudem aus einem verwandten Kulturkreis gekommen (was die Juden aus Galizien heute gerne hören würden), „nicht aus der Türkei und Sierra Leone“. (khr)

„Junge Freiheit“ (JF), 15. Jg., Nr. 2, 3/2000:

Der baden-württembergische CDU-Landtagsabgeordnete und BdV-Landesvorsitzende Arnold Tölg kritisiert im JF-Interview die geplanten Entschädigungen für NS-Zwangsarbeiter als „deutsche und internationale Heuchelei“; Deutschland habe bereits „gigantische Wiedergutmachungen geleistet“ (2/00). Zum JF-Dauerbrenner Staatsangehörigkeitsrecht wird vor einem Heer von arbeitslosen Ausländern ohne Berufsausbildung gewarnt, die jetzt die deutsche Staatsbürgerschaft beantragten. Statt Zuwanderung müssten die Deutschen wieder mehr Kinder in die Welt setzen, heißt es dazu im Leitartikel der nächsten Ausgabe (3/00). Hans-Manfred Roth, nationalliberaler Exponent der FDP, will seine Partei rechts von CDU/CSU positionieren und wünscht sich Heiner Kappel wieder zurück (2/00). Alfred Schickel geißelt die nachgeborenen deutschen Politiker, die aus „öffentlicher Beflissenheit“ und „geschichtlicher Unkenntnis“ heute „Selbstzensur“ pflegten und die „Zahlungswilligkeit“ vergrößerten. Vorbildlich hätten sich hier Konrad Adenauer und Kurt Schumacher verhalten, die noch als Fürsprecher der „elementaren Interessen“ des deutschen Volkes aufgetreten seien (2/00). Der Vordenker der Nouvelle Droite, Alain de Benoist, sieht mit dem Ausgang des 20. Jahrhunderts auch das Ende der heutigen, dekadenten - westlichen - Gesellschaften eingeläutet (2/00). Zur „Normalisierung zwischen Juden und Nicht-Juden in Deutschland“ empfiehlt der - jüdische - FPÖ-Politiker Peter Sichrowsky dem Zentralrat der Juden in Deutschland, sich aufzulösen. Der Zentralrat sei „eine Fortsetzung der Idee der Nationalsozialisten“, bestehe aus „Berufsjuden“, die ihre „Autorität und gesellschaftlicher Bedeutung auf den Holocaust“ stützten (3/00). Die derzeitige Auseinandersetzung am Dresdner Hannah-Arendt-Institut nutzt JF-Autor Andreas Wild zur Generalabrechnung mit dem Institut selbst: Auch dort sei „jener zeternde und blindlings moralisierende Zelotengeist“ eingezogen, verkörpert durch „Betroffenheitspathos an Stelle von Tatsachenfreilegung“, „Tribunalcharakter an Stelle von historischer Einordnung“. Uwe Backes und seinesgleichen seien an der Entwicklung nicht unschuldig: „Auch sie operieren in ihrer Arbeit mehr politisch als wissenschaftlich, auch sie grenzen in ihren Jahrbüchern ungeniert aus, verteilen Zensuren...“(3/00) (gn).

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** - Die rechtsextremen Parteien Republikaner, DVU und NPD kommen unverhofft in den Genuss eines warmen Geldregens, da die Gelder, die die CDU nach Paragraf 19, Absatz 4 des Parteiengesetzes für 1999 zurückzahlen muss, auf die anderen Parteien verteilt werden. Nach einem Bericht der „Frankfurter Rundschau“ erhalten dadurch für das vergangene Jahr auch die REP einen Betrag von 1,1 Millionen Mark mehr sowie die DVU eine halbe Million Mark und die NPD eine viertel Million Mark zusätzlich aus der staatlichen Parteienfinanzierung.

■ **Bochum** - In einem „persönlichen Brief nur für Mitglieder und Förderer“ informiert Martin Voigt, Vorsitzender des Deutschen Rechtsschutzkreises e.V. - Deutsche Rechtsschutzkasse (DRsK; Postfachanschrift und: Bochum), über „einige Fälle“, bei denen sein rechtsextremer Verein half, „das Recht durchzusetzen“: „Zum Beispiel haben wir den mittellosen Historiker Dr. Bogdan Musial in seinem erfolgreichen Prozess gegen Reemtsma unterstützen können. Ohne die Kostenbürgschaft des DRsK hätte er nie gegen die Macht der Reemtsma-Anwälte angehen können. So aber wurde Reemtsma und sein Antiwehrmachts-„Institut“ (unseres Wissens erstmalig!) verurteilt, bestimmte Behauptungen zu unterlassen.“, behauptet Voigt in dem vom November datierten Schreiben. Die DRsK wurde 1979 von Mitgliedern des NS-apologetischen Freundeskreises der „Unabhängigen Nachrichten“ gegründet. Ihre Aufgabe liegt unter anderem in der juristischen Betreuung von Gesinnungskameraden. Gründer und Sprecher des „Freundeskreises“ ist der DRsK-Vorsitzende Martin Voigt. Im Rahmen der DRsK-Aktivitäten hat die Rechtsanwältin Gisa Pahl unter dem Pseudonym Gisela Sedelmaier die Broschüren „Mäxchen Treuherz“ (juristische Tips für braune Laien) veröffentlicht.

■ **Dortmund** - Seit dem 11. Januar wird vor dem Landgericht in Dortmund gegen mehrere ehemalige Mitglieder der „Kameradschaft Recklinghausen“ verhandelt. Die Angeklagten Frank O., Markus M. und Timo R. sollen die im Februar 1995 verbotene neonazistische Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) in der „Kameradschaft Recklinghausen“ und später in einer so genannten „au-

tonomen nationalistischen Zelle“ fortgeführt haben. Im Februar 1996 hatte die Staatsanwaltschaft eine Razzia in 23 Objekten in Recklinghausen durchführen lassen. In einem darauf folgenden Prozess im September 1999 wurden die führenden Kader der „Kameradschaft“ Dieter Riefling, Heiko Teuber sowie die Brüder Stefan-Paul und Christian Neuhaus von der 9. Strafkammer des Dortmunder Landgerichts zu Bewährungsstrafen verurteilt. Die neonazistische Skinhead Riefling alias „Miesling“ war FAP-Kreisvorsitzender in Recklinghausen und zuvor Herausgeber des Skinzines „Der Aktivist“. Inzwischen lebt der mehrfach vorbestrafte braune Kader wieder in Hildesheim.

■ **Jena** - Die neonazistische Skin-Band „Eichenlaub“ hat den flüchtigen Bombenbastlern Uwe Bönnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschüpe ein Lied mit dem Titel „Warum“ gewidmet. Im Januar 1998 hatte die Polizei im thüringischen Jena, Stadtteil Burgau, vier funktionsfähige Rohrbomben sicher gestellt. Gegen Bönnhardt, Mundlos und Zschüpe, die dem direkten Umfeld der Neonazi-Gruppe Thüringer Heimatschutz (THS) zuzurechnen sind, wurde Haftbefehl erlassen. Es besteht der Verdacht, dass sie auch an der Herstellung weiterer selbstgefertigter Sprengkörper beteiligt waren, die zwischen Oktober 1996 und Dezember 1997 im Raum Jena aufgefunden worden waren. In einem Interview mit der aktuellen Ausgabe der Untergrundblätter „Blood & Honour“ bekunden die Band-Mitglieder Solidarität mit den weiterhin Untergetauchten: Wir „stehen zu dem, was unsere 3 Kameraden da getan haben. Wir, die sie wohl mit am Besten kannten, können uns mittlerweile ganz gut vorstellen, warum sie diesen sehr zweifelhaften Weg gegangen sind.“

■ **Kiel** - Zu den schleswig-holsteinischen Landtagswahlen am 27. Februar wurde die NPD vom Landeswahlausschuss zugelassen. Spitzenkandidat der NPD-Liste ist der NPD-Landesvorsitzende Ingo Stawitz.

■ **Mainz** - Die Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG) hat einen „Aufruf an alle nationalen Gefangenen!“ verabschiedet. Darin heißt es: „Der politische Kampf ist im Knast nicht beendet - er wird mit anderen Mitteln fortgesetzt. Wer nur in Ruhe seine Tage absitzen will, der vergeudet wertvolle Zeit! Der politische Kampf muss auch im Knast organisiert werden.“ Die braunen Kameraden werden zur Gründung von „Knastkameradschaften“ (KKS), zur

„Organisierung von Solidarität“, zum offenen Widerstand gegen „staatliche Erniedrigungen wie z.B. Post- und Pressezensur“ und zum Verfassen von Knastberichten aufgerufen. Abschließend heißt es in dem Aufruf: „Wir müssen den nationalen Widerstand in die Knäste tragen - Drinnen und draußen eine Front!“

■ **Münster** - Der neugewählte Landesvorsitzende der Republikaner in Nordrhein-Westfalen, Burkhard Schmanck, hat sein Amt bereits wieder niedergelegt. Erst auf einem Parteitag Ende Oktober hatte sich Schmanck in einer Kampfabstimmung gegen die langjährige NRW-Vorsitzende und stellvertretende REP-Bundesvorsitzende Uschi Winkelsett mit acht Stimmen Mehrheit durchgesetzt.

■ **Rothenburg ob der Tauber** - Der NPD-Gemeinderat aus dem hessischen Wölfersheim Marc Reeb muss Bürger im fränkischen Rothenburg werden. Dies entschied die 5. Kammer des Verwaltungsgerichts Ansbach. Der 31-jährige Reeb betreibt in Rothenburg ein Fachgeschäft für Glas- und Kristallwaren, hält sich also vorwiegend in Rothenburg auf und verdient dort auch seinen Lebensunterhalt. Der Kaufmann war 1997 zum Vorsitzenden der Werbegemeinschaft „Liebenswertes Rothenburg“ gewählt worden. Wegen seiner politischen Aktivitäten musste er im Sommer des folgenden Jahres von diesem Amt zurücktreten. Die noch nicht rechtskräftige Gerichtsentscheidung bedeutet den Verlust des Kommunalmandates in der NPD-Hochburg Wölfersheim (22,7 Prozent) für Reeb, der sich eine Berufung gegen das Urteil vorbehält. Er wollte erst das schriftliche Urteil abwarten, kündigte er gegenüber der Lokalzeitung an.

■ **Siegburg** - Auf der Gefangenenliste der braunen Knasthilfeorganisation HNG findet sich neuerdings - neben Altbekannten wie Erhard Kemper oder Christian Hehl - der in der JVA Siegburg einsitzende Brandstifter Christian Reher. Der auf eigenen Wunsch nun in die HNG-Gefangenenbetreuung aufgenommene Reher wurde 1995 vom 6. Strafsenat des Oberlandesgerichtes (OLG) Düsseldorf wegen Mordes an fünf Menschen und versuchten Mordes an 14 Menschen zu einer 10-jährigen Jugendstrafe verurteilt. Mit drei weiteren Kameraden (Christian Buchholz, Felix Köhnen, Markus Gartmann) aus der Solinger Skinheadszone hatte der damals 16-jährige Reher in der Nacht zum 29. Mai 1993 ein von türkischen Familien bewohntes Haus in Solingen in Brand gesteckt. In einem Brief an die HNG-Vorsitzende Ursel Müller

teilte er jüngst mit, dass er einen Aufnahmeantrag bei der NPD gestellt habe, dieser jedoch von der Anstaltsleitung „angehalten“ worden sei.

■ **Stuttgart** - Mario Meurer, Bundesvorsitzender der „Vereinigten Rechten“, eines weiteren Spaltpilzes in der rechtsextremen Szene, ruft in seinem neuesten Rundbrief (1/2000) „alle volkstreuen Parteien, Organisationen und Bewegungen“ zu einem „Arbeitstreffen“ am 11. März an einem noch nicht näher bezeichneten Treffpunkt auf: „Wir haben alle nichts zu verlieren, wir können nur gemeinsam gewinnen. Unsere Stärken und unsere gemeinsame Kraft sind ernst zu nehmen und würden beim Wähler Widerhall finden. Es muss Schluss sein mit dem Hader, dem Gezänk, den gegenseitigen Ausgrenzungen und den Personalquerelen im patriotischen Lager.“ Die Bündnisbemühungen von Meurer stoßen in der rechtsextremen Szene kaum auf Resonanz. So hat das anlässlich der baden-württembergischen Kommunalwahl abgeschlossene Wahlbündnis zwischen der NPD Stuttgart und der VR (BNR 18/99) nach Ansicht des NPD-Landesvorstandes Sachsen-Anhalt der Partei „großen Schaden“ zugefügt. In einer „Erklärung“ des Landesvorstands heißt es, dass die VR ein „Widerspruch in sich“ und eine „Konkurrenzpartei“ sei; ebenso vertrete die VR „gegenteilige politische Auffassungen“. Gefordert wird deshalb: „Keine Bündnisse mehr mit Spalter- und Systemparteien! Alle wirklichen Nationalisten, die sich parteipolitisch betätigen wollen, gehören in die NPD!“ Landesvorsitzender der NPD Sachsen-Anhalt ist Steffen Hupka, einst Kader der verbotenen Nationalistischen Front.

Ausland

■ **Belgien (Berchem)** - Die 1975 von Udo Walendy gegründete revisionistische Schriftenreihe „Historische Tatsachen“, wird nunmehr von der unverhohlenen holocaustleugnenden Stiftung Vrij Historisch Onderzoek“ (VHO; Antwerpen, Berchem), namentlich Herbert Verbeke, weitergeführt. Der Holocaustleugner Walendy hatte jüngst seine Gewerbe-genehmigung verloren und darf damit seinen 1963 gegründeten „Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung“ und die angeschlossene Versandbuchhandlung nicht mehr weiterführen. Verschiedet werden die „Historischen Tatsachen“ zwar im VHO-Umschlag, jedoch weiterhin mit Postzahlentempel 41 aus Nordrhein-Westfalen. Über die VHO sind auch bisher in der Bundesrepublik indizierte Ausgaben der „Historischen Tatsachen“ erhältlich.

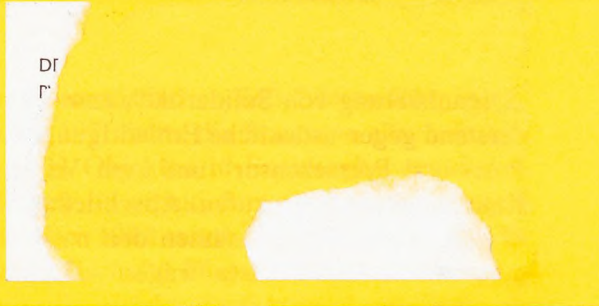
■ **Großbritannien (Hastings)** - An den Kundenkreis des holocaustleugnenden Verlages „Castle Hill Publishers“ (Hastings) von Germar Rudolf wurde jetzt das neueste Machwerk des Schweizer Revisionisten Jürgen Graf verschickt. Der Titel des 160 Seiten umfassenden bei Castle Hill erschienenen Buches lautet „Riese auf tönernen Füßen. Raul Hilberg und sein Standardwerk über den 'Holocaust'“. Das Buch, so der in der Bundesrepublik mit Haftbefehl gesuchte Rudolf, sei „die erste umfassende und systematische Auseinandersetzung mit dem namhaftesten Vertreter der offiziellen Version vom Schicksal der Juden unter der Herrschaft des Dritten Reiches.“ Graf zeichnet auch verantwortlich für die Fremdsprachenredaktion der von „Castle Hill Publishers“ herausgegebenen, verlegten und vertriebenen „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung“, dem zentralen Sprachrohr deutschsprachiger Holocaustleugner. Überweisungen für das Graf-Buch sind an die deutsche Bankverbindung, Kennwort „Rudolf“, bei der Postbank Essen zu leisten.

■ **Schweiz (Interlaken)** - Die Schweizer Behörden verweigerten Peter Leach-Lewis, Oberhaupt der antisemitischen theosophischen Sekte Universales Leben, im Herbst 1999 einen Einreisebewilligung und verhinderten damit dessen Auftritt vor dem 5. Kongress des World Foundation vor Natural Science, einer Nebenorganisation der Universalen Kirche. Die unlängst erschienene Nummer 4 des „Journal of Natural Science“, Organ der World Foundation of Natural Science, dokumentiert nun die Eröffnungsansprache von Leach-Lewis, welche dieser Mitte Oktober 1999 per Telefonübertragung hielt. Der Sektenführer beschimpft Medienbeschäftigte als „Pressemaden“ und bestätigt einmal mehr seine antisemitischen Verschwörungsphantasien. Am Ersten Zionisten Kongress von 1895 in Basel hätten sich - so Leach-Lewis - die Verschwörer getroffen und die Verschwörung habe dort „Fokus und Richtung und weltumfassende Verstärkung“ erhalten.

■ **Ungarn (Budapest)** - Am zweiten Februar-Wochenende wollen zum vierten Mal Neonazis und Skinheads aus ganz Europa der „gefallenen Helden der Waffen-SS“ in der ungarischen Hauptstadt Budapest gedenken. Organisiert wurde der letztjährige Gedenkmarsch unter dem Motto „Tag der Ehre“, an dem mehrere hundert Personen teilnahmen, von der Organisation „Hungaria Skins“ in Zusammenarbeit mit der Neonazi-Partei Ungarische Nationale Front (MNA) und der ungarischen Division von „Blood & Honour“ (B&H). Weitere B&H-Divisio-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:



nen kamen aus England, der Bundesrepublik, Tschechien, Slowakei und Serbien. Vor Ort waren auch Vertreter der „Hammerskin Nation“ (Serbien, Slowakei, Tschechien) sowie Mitglieder der griechischen Bewegung „New Dawn“ und Vertreterinnen der „Czech Women for Aryan Unity“. Aus Deutschland nahmen rund 150 Personen teil, darunter die Neonazis Thorsten Heise und Friedhelm Busse. Organisation und Propaganda für die diesjährige Veranstaltung werden unter extrem konspirativen Umständen durchgeführt. Im ungarischen Kophaza befindet sich auch die offizielle Anschrift der 1999 gegründeten Division Österreich von „Blood & Honour“.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Satz und Gestaltung:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Heidemarie Lehmann

Herstellung:

OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto